

Warum «soziale Gerechtigkeit» ungerecht ist
Fragwürdige Argumente für die Umverteilung von Reich zu Arm
Von Anthony de Jasay*

Der Autor des folgenden Beitrags warnt davor, sich vom Begriff «soziale Gerechtigkeit» blenden zu lassen. Es handle sich dabei um einen Euphemismus für eine Umverteilung von Reich zu Arm - und zwar nach Regeln, die mit Gerechtigkeit nichts zu tun haben. (Red.)

Die Wortkombination «soziale Gerechtigkeit» ist ein Pleonasmus - so wie weisser Schimmel oder alter Greis. Jede Art von Gerechtigkeit, wie sie durch unsere Rechtsordnung (im Zivil-, Straf- oder Verwaltungsrecht) angestrebt wird, ist insofern «sozial», als sie die Verteilung von Besitz, Einkommen und Status, Belohnung und Strafe in einer Gesellschaft gewissen Regeln unterwirft. In der Praxis läuft «soziale Gerechtigkeit» hingegen darauf hinaus, alles, was die geltenden Regeln des Rechtssystems bereits verteilt haben, nochmals umzuverteilen. Mittels einer kühnen linguistischen Pirouette wird Umverteilung mit Gerechtigkeit in Verbindung gebracht. So erhält diese einen emotional geladenen moralischen Anstrich, dem man sich schwer widersetzen kann.

Ungerechtigkeit setzt Unrecht voraus

Die Verfechter «sozialer Gerechtigkeit» begehen - vielleicht unwissentlich - einen doppelten intellektuellen Betrug. Zum einen verbergen sie, dass ihr Credo nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat. Zum anderen verstecken sie hinter demokratischen Floskeln die Tatsache, dass die Umsetzung «sozialer Gerechtigkeit» in die Praxis höchst ungerecht ist. Der Begriff Gerechtigkeit ist dann angebracht, wenn durch einen Regel Verstoss ein Unrechtsstatus entsteht und mittels verschiedener rechtlicher Verfahren Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Wer mit dem Schlagwort «soziale Gerechtigkeit» operiert, kann dagegen von einer Situation behaupten, sie sei ungerecht (gewisse Leute verdienten zu viel Geld, einige Bedürfnisse würden nicht befriedigt, wahre Verdienste würden nicht anerkannt), ohne beweisen zu müssen, dass diese Verhältnisse die Folge unrecht mässiger Vorgänge sind. So entsteht eine ungerechte Welt quasi aus sich selbst heraus, in einer Art und Weise, die - ähnlich der unbefleckten Empfängnis - vage und mystisch bleibt.

Der «Prozess» gegen den Status quo kann damit ohne jede Beweise geführt werden, also ob es offensichtlich wäre, dass die Welt ungerecht ist und Gerechtigkeit nur durch eine massive Umverteilung wiederhergestellt werden kann. Auf diese Art und Weise lässt sich allerdings nie eine Verteilung erreichen, die nicht ihrerseits wieder nach Umverteilungen ruft. Es beginnt ein endloses Verfahren hin zu einem undefinierten Fernziel von «sozialer Gerechtigkeit», das logischerweise nicht erreicht werden kann, weil es ganz einfach keine stabilen Kriterien dafür gibt.

Endloser Prozess des Umverteilens

Die instabile Natur «sozialer Gerechtigkeit» lässt sich gut anhand eines Spiels mit drei Personen verstehen, unter denen zu Beginn goldene Eier ungleich verteilt werden: Einer beginnt (relativ) reich, einer arm, ein dritter in der Mitte. Wie viele Eier dann jeder behalten darf, wird durch Mehrheitsentscheid bestimmt. Selbstverständlich werden sich der Mittlere und der Arme zusammentun und einige oder alle Eier des Reichen unter sich verteilen. In der nächsten Runde wird ein anderer der Reichen sein, und seine Eier werden weggenommen. So geht es immer weiter, wobei die Rolle des Reichen in jeder Runde einem anderen zufällt. Sollte allerdings einer der drei lernen, selber goldene Eier zu legen, wird immer er es sein, dem Eier weggenommen werden. Die Rollen werden nicht mehr getauscht.

Die Spielregeln dieses Spiels entsprechen der demokratischen Grundregel, dass Abstimmungen per Mehrheitsentscheid gefällt werden, wobei jeder Bürger seine Stimme anonym abgeben kann. Unter dieser Voraussetzung können andere potenzielle Spielverläufe wie eine Umverteilung von Arm zu Mittel und Reich oder die Einstellung jeglicher Umverteilung nie zustande kommen. Die Umverteilung von Reich zu Mittel und Arm ist immer die dominante Lösung. Diesem Muster folgen denn - grob gesagt - auch die Steuer- und Abgabensysteme der meisten entwickelten Länder, seit diese das allgemeine Wahlrecht und die geheime Stimmabgabe kennen.

Intellektuelle Unehrllichkeit

Umverteilung wird oft mit dem Argument verteidigt, die Demokratie sei per se gut - und damit alles, was demokratisch zustande komme. In dieser Behauptung steckt ein Werturteil, über das sich endlos streiten liesse. Selbstverständlich ist jede Gesellschaft frei, Massnahmen zu treffen, die die Armen auf Kosten der Reichen begünstigen. Trotzdem verstossen solche Massnahmen gegen die Gerechtigkeit; es ist intellektuell unehrlich, das Gegenteil zu behaupten. Kein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz erlaubt es zwei Personen, eine dritte zu enteignen. Und was für ein Drei-Personen-Spiel gilt, gilt auch für ein Spiel von drei Millionen Menschen. Dass bei jeder Umverteilung Ungerechtigkeit im Spiel ist, haben auch Denker der politischen Mitte und der gemässigten Linken gespürt. Sie haben daher versucht, «soziale Gerechtigkeit» mit Gerechtigkeit in Einklang zu bringen, vor allem unter den Stichwörtern Gesellschaftsvertrag und Sozialismus.

Hinter dem Schleier der Unwissenheit

So wurden Varianten des Gesellschaftsvertrags lanciert, in denen jene, die die Last der Umverteilung tragen, diesen genauso bereitwillig akzeptieren wie jene, die davon profitieren. Erklärt wird dies damit, dass die Menschen bei der Zustimmung zum Gesellschaftsvertrag hinter einem «Schleier» agierten, durch den der Vertrag wie ein Mittel zur Risikoverteilung aussehe. Diese Sicht spricht die verbreitete Meinung an, es handle sich bei der Gesellschaft um eine Versicherung auf Gegenseitigkeit - nur dass hier immer die gleichen (reichen) Leute die gesamte Prämie zahlen und die anderen sie einlösen.

In der Version der amerikanischen Ökonomen J. Buchanan und G. Tullock sind die Reichen, Fähigen und Dynamischen bereit, einen Teil ihres höheren Einkommens zugunsten der Bedürftigen aufzugeben, weil sie erwarten, den Verlust mehr als kompensiert zu bekommen, falls sie selber bedürftig werden sollten. Ob dies eine rationale Art ist, sich gegen zukünftige Not zu versichern, hängt selbstverständlich davon ab, für wie wahrscheinlich man es ansieht, in Not zu geraten, wie lange das Leben als Bedürftiger schätzungsweise dauert und wie hoch die «Versicherungsprämie» in Form zusätzlicher Steuerzahlungen für die Befreiung von diesem Risiko ist. Es erscheint, vorsichtig ausgedrückt, zweifelhaft, dass der Netto-Gewinn aus diesen Variablen gross genug ist, um eine beinahe einstimmige Akzeptanz eines Umverteilungsvertrags zu bewirken.

Missachtung individueller Leistung

In der bekannteren (weitherum bewunderten) Theorie des Philosophen J. Rawls verlangt es die Fairness, dass die Gutgestellten und Fähigen erkennen, dass sie ihre Vorteile aus moralischer Sicht nicht verdienen. Deshalb sollten sich diese «Bessergestellten» so verhalten, als ob sie die Zukunft durch einen «Schleier der Unwissenheit» sähen. In diesem Fall würden sie bereitwillig eine extrem egalitäre Verteilung von Einkommen und Reichtum befürworten. Allerdings ist die Annahme, alle Vorteile, die man nicht durch originäre eigene Leistung «verdient» hat, seien moralisch unverdient, philosophisch mehr als fragwürdig. Sie würde schon für sich allein die Rawlsche Theorie in Frage stellen, selbst wenn diese keine weiteren, grundlegenden Schwächen aufwiese.

Moderne sozialistische Rechtfertigungen von «sozialer Gerechtigkeit», die den Ballast der naiven marxistischen Arbeitswerttheorie abgeworfen haben, basieren alle auf der Idee, dass Einkommen nicht durch individuelle Anstrengung generiert wird und dass es nicht das Sparen des Einzelnen ist, das zu einer Anhäufung von Reichtum führt.

Alles hänge von vergangener und gegenwärtiger Kooperation ab, so dass es absurd sei, zu behaupten, ein Individuum habe persönlich etwas verdient und solle berechtigt sein, diesen Verdienst auch zu bekommen. Das Sozialprodukt sei das Resultat vergangener und gegenwärtiger kollektiver Anstrengungen, und es stehe deshalb der Gemeinschaft zu, über seine Verteilung frei zu verfügen. Die Grenzproduktivität als Mass für den Beitrag des Einzelnen wird in dieser Sichtweise ebenso ignoriert wie das Muster der verschiedenen Einkommen, das daraus resultiert.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Wenn Umverteilung als legitim gelten soll, braucht es dafür sehr gute Gründe, Gründe, die stark genug sind, die ungerechte Natur jeder Umverteilung zu kompensieren. Das sollten wir ehrlich zugeben, statt dem Dilemma einfach aus dem Weg zu gehen, indem wir das Vorgehen ungeniert als «soziale Gerechtigkeit» bezeichnen.

* Der Autor zählt mit seinen Werken «The State» und «Against Politics» zu den bedeutendsten liberalen Sozialphilosophen der Gegenwart. Er lebt und forscht als Privatgelehrter in Frankreich.